



Informationen kompakt für unsere Mitglieder und Interessierte.

Erscheint viermal jährlich und ist kostenlos

E-Mail: iaw@iaw.edu, IAW-Homepage: www.iaw.edu

++ Editorial ++



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Resonanz auf die erste Ausgabe der IAW-News war sehr positiv. Das hat uns sehr ge-

freut. Auch die vorliegende Ausgabe der IAW-News soll Ihnen kurz und bündig einen Einblick in die Arbeit der vergangenen Monate am IAW geben. Eine Neuerung hat es im IAW-Publikationsprogramm gegeben. Die IAW-Mitteilungen

wurden nach 30 Jahrgängen in "IAW-Report" umbenannt und erscheinen nun im handlichen Zeitschriftenformat zweimal jährlich mit aktuellen Ergebnissen aus den IAW-Forschungsprojekten, aber auch mit Beiträgen von prominenten Gastautoren (vgl. dazu S. 3).

Unser Internetangebot haben wir um die Rubrik IAW-Kurzberichte erweitert. Sie finden dort Zusammenfassungen aus aktuellen IAW-Projekten und interessante Kurzstudien.

Über Rückfragen zu einzelnen Inhalten

dieser IAW-News, über Ihre Meinung und über Anregungen würden wir uns sehr freuen. Gerne nehmen wir Sie auch in unseren E-Mail-Verteiler auf oder senden Ihnen die IAW-News per Post zu. E-Mail oder Anruf genügt!

Herzliche Grüße aus dem IAW im Namen des IAW-Teams

Ihr

Harald Strotmann

IAW-Workshop mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden zum Thema „Flächenpolitische Steuerungsinstrumente“

Am 6. Mai 2003 veranstaltete das IAW im Umwelt- und Verkehrsministerium (UVM) Baden-Württemberg in Stuttgart den Workshop „Steuern, Subventionen und andere Lenkungsinstrumente zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums“. Das Treffen mit den geladenen Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden war ein wichtiger Meilenstein im Rahmen des IAW-Projekts „Nachhaltigkeitskonforme Flächennutzungspolitik – Ökonomische Steuerungsinstrumente und deren gesellschaftliche Akzeptanz“.

Zum Auftakt des Workshops verdeutlichte MR Stefan Gloger, Leiter des Referats Boden im UVM, den aktuen

flächenpolitischen Handlungsbedarf. Die vor diesem Hintergrund zur Diskussion stehenden ökonomischen Steuerungsinstrumente standen dann im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr. Raimund Krumm, dem zuständigen Projektleiter des IAW. Abschließend informierte Dr. Pascal Bader (UVM-Referat Grundsatzfragen der Umweltpolitik) über instrumentelle Überlegungen, die zurzeit auf der Bund-Länder-Ebene angestellt werden.

Das IAW dankt allen Workshopteilnehmern für die intensive Diskussion und dem UVM für die personelle und infrastrukturelle Unterstützung.



IAW-Referent Dr. Raimund Krumm (vorne rechts) bei der Diskussion mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden über verschiedene Handlungsoptionen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs.

Ansprechpartner:
Dr. Raimund Krumm
(raimund.krumm@iaw.edu)

Aus dem Inhalt:

Editorial 1

IAW-Workshop Flächenpolitische Steuerungsinstrumente 1

Forschungsberichte aus dem IAW 2

Termine / Veranstaltungen / IAW-Aktuell 3

IAW-Personalia 3

IAW-Position 4

Kurz notiert aus dem IAW ... 4

Impressum / Kontakt 4

Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie auf unser Homepage unter www.iaw.edu.

IAW-Studie zum „Drei-Kammer-Gebiet“ im Regierungspräsidium Tübingen: Schlechte Verkehrsanbindung und wenig Arbeitsplätze

Das „Drei-Kammer-Gebiet“ im Regierungspräsidium Tübingen besteht aus insgesamt 45 ländlich geprägten Gemeinden der drei IHK-Regionen Neckar-Alb, Ulm und Bodensee-Oberschwaben. Im Auftrag dieser Industrie- und Handelskammern untersuchte das IAW die demographische und wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes.

Mit Hilfe eines Indikators zur Verkehrsanbindung, der die nach Einwohnerzahl gewichtete durchschnittliche Entfernung der Gemeinden zur nächsten Bundesstraße und zur nächsten Autobahn misst, wurden Zusammenhänge zwischen der Beschäftigungssituation und der Verkehrsanbindung aufgezeigt und mit anderen ähnlich ländlich geprägten Regionen verglichen. Dabei schneidet das Drei-Kammer-Gebiet sowohl bei der Arbeitsplatzdichte als auch bei der Verkehrsanbindung nicht gut ab (siehe Grafik).

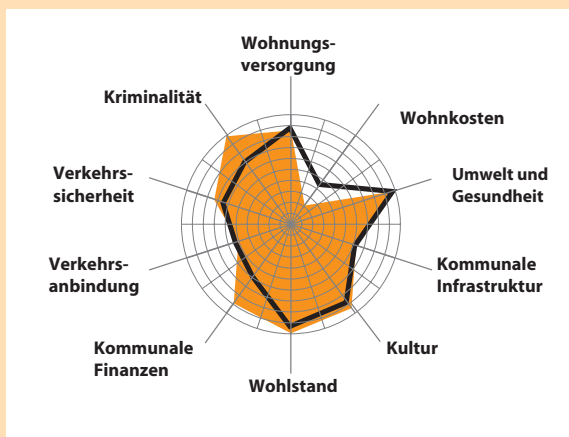
Ansprechpartner:

Dipl. Volkswirt Martin Körner (martin.koerner@iaw.edu)

IAW-Analyse der Wohn- und Lebensqualität in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg bietet seinen Bewohnern in vielfältiger Hinsicht eine Lebensqualität, die teilweise deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Im Südwesten wird nicht nur das höchste Lebensalter erreicht, sondern man erzielt es auch vor dem Hintergrund des höchsten Einkommensniveaus und zugleich der höchsten öffentlichen Sicherheit. Die Dichte

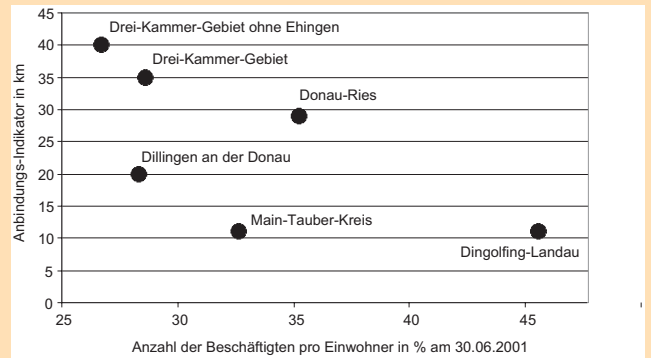
Vergleich zentraler Indikatoren der Lebensqualität in Baden-Württemberg mit Deutschland



Quelle: L-Bank-IAW-Wohnungsmonitor 1/2003

Die Spinnennetzgrafik zeigt einen Vergleich der zentralen Indikatoren zur Messung der Lebensqualität zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesdurchschnitt. Jeder Indikator wird durch eine Achse repräsentiert. Die Werte werden vom Zentrum ausgehend auf den Achsen abgetragen. Das Zentrum entspricht somit dem jeweiligen schlechtesten Wert, der äußere Rand dem Optimum. Baden-Württemberg wird dabei durch die bunte Fläche repräsentiert, der Bundeswert durch die kräftige schwarze Linie.

Verkehrsanbindung unterschiedlicher ländlicher Regionen im Vergleich



Quelle: IAW (2003)

der kulturellen Angebote wird nur noch von Nordrhein-Westfalen übertroffen. Die Qualität der kommunalen Infrastruktur bewegt sich im oberen Mittelfeld, zudem haben die Kommunen hier noch einen größeren finanziellen Spielraum als in den meisten anderen Bundesländern.

Defizite weist Baden-Württemberg hinsichtlich der Verkehrsanbindung seiner südlichen Landesteile auf. Hier fehlen insbesondere leistungsfähige West-Ost-Verbindungen auf Schiene und Straße. Ein Schatten liegt auch auf der Wohnungsverorgung. Die Defizite in diesem Bereich sind zwar nicht alarmierend, Baden-Württemberg liegt jedoch hinsichtlich der wichtigsten wohnungswirtschaftlichen Indikatoren teilweise deutlich unter den Vergleichswerten der westlichen Bundesländer. Zudem ist das Wohnen im Südwesten sehr teuer. Nicht nur die Baulandpreise bewegen sich landesweit auf hohem bis sehr hohem Niveau. Auch andere – leider nicht flächendeckend vorliegende – Preisinformationen wie die örtlichen Mietspiegel belegen dies. Ein guter Teil des im Südwesten erzielten höheren Einkommens fließt in die hohen Wohnkosten.

Eine detaillierte Darstellung der Analyse der Wohn- und Lebensqualität in Baden-Württemberg finden Sie in der Ausgabe 01/03 des L-Bank-IAW-Wohnungsmonitors, der in diesen Tagen erscheinen wird. Der Wohnungsmonitor kann über die L-Bank oder direkt beim IAW bestellt werden.



Ansprechpartner:

Dipl. Soziologe Rolf Kleimann (rolf.kleimann@iaw.edu)

++ Forschungsberichte aus dem IAW ++

Erheblicher Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe im Land bildet nicht aus !

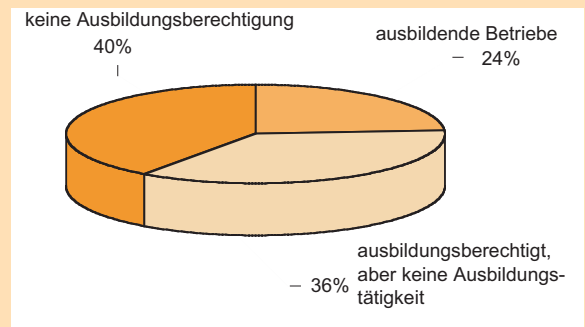
Sechs von zehn ausbildungsberechtigten Betrieben machten im Herbst 2002 in Baden-Württemberg von ihrem Ausbildungsrecht keinen Gebrauch. Dies ergab die Auswertung des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg, einer repräsentativen Befragung von rund 1.250 Betrieben im Land aller Größenklassen und Branchen. Die „Ausbildungslücke“ ist damit im Zuge der ungünstigen Konjunktur gegenüber den Vorjahren weiter angestiegen. Detaillierte Informationen finden Sie im IAW-Kurzbericht 2/2003, der von der IAW-Homepage heruntergeladen werden kann.

Ansprechpartner:

Günther Klee M.A. (guenther.klee@iaw.edu)

Dr. Harald Strotmann (harald.strotmann@iaw.edu)

Betriebliche Ausbildungstätigkeit in Baden-Württemberg, Anteile an Betrieben in %



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen (2003)

Während im Jahr 2000 im Land der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe, die von ihrem Ausbildungsrecht keinen Gebrauch machten, an allen Betrieben noch bei „nur“ 22% lag, ist dieser inzwischen auf rund 36% angestiegen.

++ Termine ++ Veranstaltungen ++ IAW-Aktuell ++

Zwei Neuerungen im IAW-Publikationsprogramm!

Als Nachfolgepublikation der bisherigen IAW-Mitteilungen ist vor wenigen Tagen die erste Ausgabe des **IAW-Report** erschienen. Der IAW-Report wird zweimal pro Jahr ausführlich Forschungsergebnisse aus IAW-Projekten vorstellen und darüber hinaus auch Beiträge prominenter Gastautoren umfassen. Die Ausgabe 1/2003 enthält u.a. Beiträge von Prof. Dr. Ronald Schettkat/Lara Yocarini (Universität Utrecht) zur steigenden Frauenerwerbstätigkeit in den Niederlanden, von Prof. Dr. Axel Börsch-Supan (Universität Mannheim) zu den „Gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels“ und von Prof. Dr. Jürgen Volkert (Hochschule Pforzheim) zum Thema „Kombi-Einkommen – ökonomisch richtig, aber politisch falsch?“.

Den IAW-Report erhalten IAW-Mitglieder kostenlos. Weitere Interessenten können ihn beim IAW zum Jahrespreis von 15 EURO bestellen.

Prägnante Zusammenfassungen aus IAW-Projekten sowie insbesondere aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg können ab sofort zeitnah als **IAW-Kurzberichte** von der IAW-Homepage unter www.uni-tuebingen.de/iaw/publikationen als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Neues IAW-Projekt im Auftrag des Bundesfinanzministeriums

Kurz vor Fertigstellung der IAW-News 2/2003 hat das IAW vom Bundesfinanzministerium den Zuschlag für ein spannendes, einjähriges Forschungsvorhaben erhalten, das sich mit Ursachen und Konsequenzen einer sinkenden **Steuermoral in Deutschland** beschäftigen wird.

Das Projekt wird am IAW von Dipl.-Volkswirt Martin Körner und von Dr. Harald Strotmann bearbeitet werden. Als wissenschaftlicher Berater fungiert IAW-Beirat Prof. Dr. Friedrich Schneider (Universität Linz).

++ IAW-Personalia ++ IAW-Personalia ++

Neuer Wissenschaftlicher Beirat des IAW gewählt

Das IAW-Kuratorium unter der Leitung des IAW-Vorstandsvorsitzenden Dr. Wilhelm Rall hat über die Zusammensetzung des neuen Wissenschaftlichen Beirats des IAW entschieden. Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Michael Ahlheim (Universität Hohenheim), Prof. Bernd Fitzenberger Ph.D. (Universität Mannheim), Prof. Dr. Joachim Grammig (Universität Tübingen), Prof. Dr. Werner Neus (Universität Tübingen), Prof. Dr. Dieter Puchta (Landesbank Berlin), Prof. Dr. Friedrich Schneider (Universität Linz), Prof.

Dr. Manfred Stadler (Universität Tübingen), Prof. Dr. Jürgen Volkert (Hochschule Pforzheim), Prof. Dr. Gerhard Wagenhals (Universität Hohenheim) und Prof. Dr. Adolf Wagner (Universität Leipzig).

Personelle Veränderungen am IAW



+++ Seit dem 1. Mai 2003 verstärkt Dipl. Volkswirt (FH) Matthias Rau als freier Mitarbeiter das IAW-Team. Er erstellt am IAW zusammen mit Dr. Sigfried Caspar und Dr. Raimund Krumm den „Strukturbericht Region Stuttgart“ +++

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Dezentralisierung stärken

Das Nebeneinander zweier bedürftigkeitsabhängiger Sozialleistungssysteme stellt eine deutsche Besonderheit dar, die aus ökonomischer Sicht kostenträchtig und nicht begründbar ist. Die Bundesregierung hat nunmehr in den „Eckpunkte(n) für ein Drittes und Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, über die sie am 13.08.2003 beraten will, festgelegt, dass sukzessive alle gemäß SGB VI „erwerbsfähigen“ Sozialhilfeempfänger nur noch Arbeitslosengeld II auf dem Niveau der Sozialhilfe erhalten sollen. Selbst wenn sich dadurch die Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung verkürzt und der Doppelbezug zweier sozialer Transfers beendet werden dürfte, bleibt die organisatorische Lösung der künftigen Aufgaben- und Finanzverantwortung dennoch unbefriedigend.

Es ist beabsichtigt, die Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Auftrag des Bundes als Träger des Arbeitslosengeldes II zu etablieren. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erfolgt mithin zentral, obwohl deutlich mehr Kompetenz in der Beschäftigungspolitik für Langzeitarbeitslose dezentral vor Ort, also bei den Kommunen, liegt. Dies versucht man zu berücksichtigen, indem man eine „arbeitsteilige Administration“ bei „einheitlicher Trägerschaft“ der BA postuliert und auf eine „fruchtbare“ Zusammenarbeit hofft. Ob ein Langzeitarbeitsloser als voll oder zumindest potenziell erwerbsfähig gilt und künftig das Arbeitslosengeld II oder nur noch Sozialgeld erhält, soll in (den neuen Jobcentern) der Arbeitsverwaltung – unter Beteiligung kommunalen Personals – entschieden werden. Anschließend müssten die erwerbsfähigen Arbeitslosen von den Arbeitsämtern, die nicht Erwerbsfähigen von den Kommunen betreut werden. Letztere würden sodann zu am Gemeinwohl orientierter Arbeit angehalten.

Gegen diese Art der Zusammenlegung sprechen vor allem drei Argumente:

- (1) Eine Unterscheidung zwischen Arbeitslosengeld II- und Sozialgeld-Empfängern ist häufig mit Willkür verbunden.
- (2) Die BA ist allein kaum in der Lage, die Vermittlung arbeitsmarktfremder Klienten zu betreiben. Sie würde dazu nach Schätzungen 12.000 Mitarbeiter zusätzlich benötigen.
- (3) Der allseits beklagte im Sozialversicherungssystem institutionalisierte und fiskalpolitisch motivierte Verschiebepfad zwischen dem Bund und den Kommunen bleibt bestehen.



Günther Klee M.A.
guenther.klee@iaw.edu

Fazit: Um die Willkür sowie die absehbaren Ineffizienzen und Transaktionskosten in der Zusammenarbeit von zwei Institutionen zu minimieren, sollte nur einer Institution die Zuständigkeit für die Betreuung aller Langzeitarbeitslosen und damit auch für arbeitsmarkunabhängige soziale Hilfe übertragen werden. Aus fachlicher Sicht sprechen dabei zwei Gründe für eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf kommunaler Ebene: Zum einen die erwiesenermaßen höhere kommunale Kompetenz beim Umgang mit und bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, und zum anderen die Möglichkeit, Betroffenen, die oft auch weitere Hilfen (Drogen-, Wohn-, Familienhilfe) bedürfen, diese „aus einer Hand“ anbieten zu können. Aus ökonomischer Sicht erscheint stattdessen eine Trennung zwischen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe (ohne Arbeitslosengeld II) sinnvoll, wobei ersteres in der Verantwortung des Bundes (BA), letzteres in der kommunalen Verantwortung verbleibt. Das Problem einer Unterscheidung zwischen „erwerbsfähig“ und „nicht erwerbsfähig“ entfele. Die Bedürftigkeitsfeststellung würde einheitlich nach Art und Höhe gemäß BSHG erfolgen. Bei diesem Lösungsansatz müssten die Kommunen vom Bund jedoch finanziell entsprechend ausgestattet werden.

++ Kurz notiert aus dem IAW ++

Ausgewählte neue IAW-Gutachten

Günther Klee M.A.: *Unternehmensnahe Dienstleistungen im Bundesländervergleich*, Gutachten im Auftrag des Landesgewerbeamtes Baden-Württemberg, 2003.

Martin Körner: *Das Drei-Kammer-Gebiet im Regierungspräsidium Tübingen. Wirtschaftliche Entwicklung und Straßen-Infrastruktur*, Gutachten im Auftrag der IHK Neckar-Alb, IHK Ulm und IHK Bodensee-Oberschwaben, 2003.

IAW-Mitarbeiter/innen auf Konferenzen und Veranstaltungen

09.05.2003: Martin Rosemann, Vortrag auf dem Statistischen Kolloquium des Statistischen Landesamtes und der Universität Tübingen in Tübingen: „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten – Strategie, Vorgehen und erste Ergebnisse“.

14.06.2003: Andreas Koch, Vortrag beim Uddevalla Symposium 2003, Schweden, „Biotechnology and Multimedia: Cluster Development in New Industries“.

18.06.2003: Rolf Kleimann, Forum Wohnungswirtschaft der L-Bank, „Wohnen als Standortfaktor“.

25.06.2003: Martin Rosemann, Workshop der TA-Akademie, „Beschäftigungshemmnisse älterer Arbeitnehmer“.

08.07.2003: Günther Klee M.A., Praxistagung „Arbeit-Alter-Qualifizierung“, der Handwerkskammer, der IG Metall, der IHK und dem Verband Region Stuttgart, „Lebenslanges Lernen aus Sicht von Personalverantwortlichen, Betriebsräten und Arbeitnehmern“.

21.07.2003: Andreas Koch, Geographisches Kolloquium an der Universität Tübingen, „Spin-off-Gründungen aus privatwirtschaftlichen Unternehmen oder Wie kommen Innovationen in die Region?“.

Impressum



Ob dem Himmelreich I, 72074 Tübingen

Tel. 07071/9896-0

E-Mail: iaw@iaw.edu

Fax: 07071/9896-99

Internet: www.iaw.edu

Verantwortlich: Dr. Harald Strotmann (Geschäftsführer)

Der Newsletter erscheint viermal im Jahr und wird vorzugsweise per E-Mail verteilt.